

Der Bund bestimmt künftig die Grenzwerte für Radioaktivität

# Zu viel Uran im Trinkwasser

Erstmals soll es in Deutschland einen Grenzwert für Uran im Trinkwasser geben. Im Rahmen der neuen Trinkwasserverordnung ist ein Höchstwert von 10 Mikrogramm pro Liter geplant. Das geht aus einem Entwurf des Bundesgesundheitsministeriums hervor. Der Grenzwert beruht auf einer Empfehlung des Umweltbundesamts.

„Dieser Leitwert ist aktuell der weltweit niedrigste“, heißt es im Entwurf weiter. Die Verbraucherorganisation Foodwatch hält den Höchstwert jedoch nicht für ausreichend, um vor allem Babys und Kleinkinder zu schützen. Das hochgiftige Schwermetall Uran kann unter anderem die Nieren schädigen und kommt in manchen Regionen im Trinkwasser in hohen Konzentrationen vor. In Gegenden mit natürlichem Uranvorkommen kann der Richtwert von 10 Mikrogramm pro Liter Trinkwasser mitunter um fast das Vierfache überschritten werden. Mit Uran im Trinkwasser muss vor allem dann gerechnet werden, wenn Grundwasser engen Kontakt zu uranhaltigen Gesteinen hat. Vor allem in Bayern gibt es höhere Messwerte.

Um die Belastung zu senken, können Brunnen geschlossen, Filter eingebaut oder Wasser gemischt werden. Foodwatch begrüßt die Pläne für einen Höchstwert, warf der Regierung aber vor, Kinder nicht genug zu schützen. „Die Höchstgrenze für Uran muss auf zwei Mikrogramm pro Liter festgelegt werden, und zwar für Trink- und Mineralwasser gleichermaßen“, sagte Geschäftsführer Matthias Wolfschmidt. „Das ist ein sicherer Wert, der auch die Schwächsten schützt.“



Experten sehen hauptsächlich Kinder durch die neue Rechtslage noch nicht ausreichend geschützt. FOTO: BILDERBOX

Aus einem Gutachten der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA geht hervor, dass selbst bei unter 4 Mikrogramm Uran pro Liter bei Kleinkindern und Säuglingen noch erhebliche Risiken für eine Schädigung lebenswichtiger Organe bestünden. Das Gutachten von 2009 hätte Bundesbehörden in Auf-

trag gegeben, sagte Wolfschmidt. Nach Recherchen von Foodwatch vom vergangenen Jahr war Trinkwasser in 13 Bundesländern teils „bedenklich hoch“ mit Uran belastet. In 13 Gemeinden in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt habe die Uranbelastung bei über 10 Mikrogramm pro Liter gelegen. Bund und Länder hatten im Rahmen dieser Debatte einen Grenzwert für sinnvoll gehalten.

Bereits 2006 beschloss der Bundesrat einen Höchstwert für Mineral- und Tafelwasser von 2 Mikrogramm Uran für Babynahrung. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) „steht zum vorgeschlagenen Grenzwert für Uran in der Trinkwasserverordnung“. Er schließt auch bei stetigem Genuss jegliche Gesundheitsgefährdung für alle Bevölkerungsgruppen aus, teilte der Verband mit. > DPA

Österreichischer Betreiber drängt auf schnellen Bescheid

# Altöttinger Kanalbrücken müssen saniert werden

Der Verbund, Österreichs führendes Stromunternehmen und Betreiber der bayerischen Innkraftwerke, hat in diesem Jahr weitere Gespräche mit dem Landratsamt Altötting und der Stadt Töging am Inn über die Sanierung der beiden Unterwasser-Kanalbrücken geführt und drängt auf eine schnelle Lösung. Abschließende Gespräche mit dem Staatlichen Bauamt Traunstein wurden auf Grund der Urlaubszeit erst in der zweiten Septemberhälfte geführt. Jetzt soll die Entscheidung fallen, ob gegebenenfalls staatliche Fördermittel zur Verfügung gestellt werden können.

Klaus Schöler, Werksgruppenleiter der Verbund Innkraftwerke GmbH: „Wir möchten die für alle Beteiligten beste Lösung finden. Das Thema braucht jedoch auf Grund der finanziellen Tragweite einfach Zeit. Im Frühjahr nächsten Jahres soll mit den Bauarbeiten begonnen werden.“

Im wasserrechtlichen Bescheid des Landratsamts Mühldorf aus dem Jahr 2001 wird ausdrücklich der Erhalt der Brücken im Bestand festgelegt. Diese sind aber nur auf drei und vier Tonnen ausgelegt. Diese bescheidgemäße Sanierung würde jedoch dazu führen, dass die Brücken für die betroffenen Landwirte mit ihren schweren landwirtschaftlichen Geräten nicht mehr befahrbar wären. Die Brücken stammen aus dem Jahre 1925 und wurden seinerzeit für Pferdefuhrwerke und kleine Fahrzeuge ausgelegt. In moderneren Zeiten sind aber die landwirtschaftlichen Geräte deutlich größer und schwerer

geworden. Die Idee, beide Brücken durch eine neue größere Brücke zu ersetzen, ist viel kostspieliger. Der Differenzbetrag zwischen der Sanierung beider Brücken im Bestand und einer neuen Brücke mit der von den Landwirten gewünschten höheren Traglast (30 Tonnen) beträgt rund 850 000 Euro. Hierzu soll mit den zuständigen Ämtern überprüft werden, ob von staatlicher Seite Fördergelder zur Verfügung gestellt werden können.

Im Mai fanden die letzten Gespräche zwischen dem Landratsamt Altötting und der Firma Verbund statt. Aus Sicht des Landkreises bestehen keine triftigen Gründe gegen den Rückbau von zwei auf eine Brücke, wenn als Ersatz eine Brücke mit entsprechend hoher Traglast gebaut wird. „Das Landratsamt hat uns mittlerweile jedoch schriftlich mitgeteilt, dass vom Amt für ländliche Entwicklung für diese Lösung keine Fördermöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden können“, informiert Schöler.

Darauf hin nahm der Werksgruppenleiter Kontakt mit der Stadt Töging am Inn auf, um über diesen Weg mögliche Förderungen auszuloten. Hierzu hat sich die Stadt mit einer entsprechenden Anfrage an das Staatliche Bauamt Traunstein gewendet. Von dort gibt es noch keine schriftliche Stellungnahme. Ein abschließendes Gespräch zwischen Bauamt, Stadt, Landkreis und Verbund sei nach der Ferienzeit, in der zweiten Septemberhälfte geplant. > E.B.

BDEW will Abwasserabgabe abschaffen

# „Ökologisches Ziel erfüllt“

„Die Abwasserabgabe als Teil der Abwassergebühren macht heute keinen Sinn mehr und belastet unnötig den Geldbeutel des Bürgers“, meint Martin Weyand, Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Die 1976 eingeführte Abgabe mit dem Ziel, Schadstoffeinträge in die Gewässer zu verringern und gleichzeitig entsprechende Investitionen bei den Wasserunternehmen zu fördern, habe ihren Zweck erfüllt. Die entsprechenden Investitionen hatten den gewünschten umweltpolitischen Erfolg. Die Einnahmen aus der Abwasserabgabe würden heute nicht mehr für den Umweltschutz verwendet, sondern fließen größtenteils in die allgemeinen Landeshaushalte. Nach Ansicht des BDEW sollte diese Abgabe daher abgeschafft werden. Sie habe ihre umweltpolitische Lenkungswirkung verloren.

In Deutschland wird Abwasser heute im Gegensatz zu vielen anderen EU-Staaten fast flächendeckend mit dem höchsten EU-Rei-

nigungsstandard behandelt. Das Abwasser von insgesamt 98,9 Prozent der Bevölkerung wird hierzu von den Abwasserentsorgern aufbereitet. Fast 10 000 Kläranlagen sorgen in Deutschland für die Aufbereitung von Abwasser. Die jährlich von den Abwasserentsorgern behandelte Wassermenge beträgt über 10 Milliarden Kubikmeter.

Die Unternehmen seien verpflichtet, die Abwasserabgabe dem Kunden in Rechnung zu stellen, um die eingekommenen Gelder dann umgehend an den Staat weiterzuleiten. Allerdings werde dies für den Kunden auf der Rechnung nicht sichtbar, da die Abwasserabgabe in die allgemeinen Abwassergebühren kalkulatorisch einbezogen werde, kritisiert der Verband. Auch für die Abwasserqualität sei die Abgabe nicht mehr erforderlich. „Die deutschen Entsorgungsunternehmen reinigen bereits heute nach dem höchsten EU-Standard. Es kann deshalb nicht sein, dass die Abwasserabgabe den Kunden trotzdem wei-

terhin in Rechnung gestellt werden muss“, betonte Weyand.

Der BDEW-Hauptgeschäftsführer wies auf bestehende Umsetzungsdefizite in der Europäischen Union hinsichtlich der europäischen Standards der Abwasserbehandlung hin. Dies sei auch im Bericht der EU-Kommission über die Lage in den einzelnen Ländern bei der Behandlung von kommunalen Abwässern deutlich geworden. Auch wenn es seit dem letzten Bericht schon erhebliche Fortschritte gegeben hat, seien die Unterschiede zwischen den einzelnen Nationen noch sehr deutlich: Während beispielsweise in Deutschland, Österreich, Dänemark und den Niederlanden fast 100 Prozent der Abwässer einer zweiten Behandlungsstufe unterzogen werden, sind es in Frankreich nur 64 Prozent und in Portugal sogar nur 41 Prozent. Noch stärker hinken die neuen EU-Mitgliedstaaten hinter den Anforderungen der EU-Richtlinie hinterher. Hier hofft Weyand auf mehr Druck aus Brüssel. > B5Z

Verbraucher können ruhig lang duschen, sollen aber bewusster einkaufen

# „Virtuelles Wasser“ schädigt die Umwelt

„Im Unterschied zu anderen Regionen ist Deutschland ein wasserreiches Land, dessen Wasservorkommen sich beständig erneuern. Wasser, das in den Haushalten genutzt wird, geht nicht verloren, sondern wird nach entsprechender Reinigung dem Wasserkreislauf wieder zugeführt.“

Schon heute gehört Deutschland zu den Industrieländern mit dem niedrigsten Wassergebrauch. Eine weitere Verminderung des Wassergebrauchs hierzulande wird nicht zu einer weiteren Verbesserung der Trinkwasserressourcen in Ländern mit Wassermangel-Situationen führen“, sagte Martin Weyand, Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft

(BDEW). Dort, wo es in Deutschland bereits einen stark reduzierten Wassergebrauch pro Kopf gebe, könne ein weiterer Rückgang zu einer merklichen Unter- nützung der Wasser- und Abwasserinfrastruktur mit hohen Nebenkosten führen. Diese Folgen seien bereits in etlichen Teilen Deutschlands spürbar.

Dort führe der weitere Rückgang bereits jetzt zu technischen Problemen in den Netzen und Anlagen und zu steigenden Aufwendungen. Wer sich im Hinblick auf die Wasserressourcen nachhaltig verhalten wollte, könne dies viel effektiver durch bewussten Verbraucherverhalten tun. Das Konzept des virtuellen Wassers liefere hierfür Anhaltspunkte, so Weyand.

Als virtuelles Wasser wird jenes Wasser bezeichnet, das zur Erzeugung eines Produkts aufgewandt wird. Wer etwa im Winter Erdbeeren kauft, die aus Spanien nach Deutschland importiert werden, trägt zu einem erheblichen indirekten Wasserverbrauch bei. Verbraucher sollten also zum Beispiel regionale Produkte der Saison kaufen, wenn sie die Wasserressourcen schonen wollen. Zieht man die Bilanz des virtuellen Wassers, verbraucht jeder Deutsche pro Tag über 4000 Liter Wasser. Im Verhältnis hierzu falle der direkte Pro-Kopf-Gebrauch von 121 Litern pro Tag kaum ins Gewicht. Im Klartext: Lang duschen geht in Ordnung, teure Exportfrüchte müssen nicht unbedingt gegessen werden. > B5Z

www.lfa.de

Auch für energiesparende Sanierungen

**InfraKredit Kommunal**  
Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

**Der InfraKredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen**

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den InfraKredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter [www.lfa.de](http://www.lfa.de) oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-22 62\*. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.

**LfA FÖRDERBANK BAYERN**  
Damit machbar wird, was denkbar ist.

\* (3,9ct/Min. aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunkhöchstpreis 42 ct/Min.)